

Was darf noch gesagt werden?

Rechts und links einer immer kleineren Meinungsmitte sind radikale Biotope entstanden, in denen die Menschen unter sich bleiben

Was die Meinungsfreiheit angeht, befinden wir uns in einer paradoxen Situation. Einerseits wächst im Zuge der Polarisierung der Gesellschaft die Zahl radikaler Statements und abstruser Behauptungen. Nie war das Meinungsspektrum so breit wie heute. Andererseits sind laut einer Studie der Wochenzeitung „Die Zeit“ 63 Prozent der Deutschen der Ansicht, man müsse „aufpassen, was man sagt“. Wie passt das zusammen?

Eine Antwort ist im Verlust unserer Streitkultur zu finden. In der Zeit vor der großkoalitionären Merkel-Ära gestalteten noch die Volksparteien das Meinungsspektrum eines Großteils der Wähler. Sie bezogen klare, unterscheidbare Positionen, und sie hatten in ihren Reihen streitbare Geister, die sie im öffentlichen Disput vertraten. Die etablierten

Die etablierten Parteien hatten einen zivilisierten Streitrahmen eröffnet

Parteien hatten so durch ihre konträren Positionen in der Mitte der Gesellschaft einen zivilisierten Streitrahmen eröffnet, innerhalb dessen sich fast alle Wähler verorten konnten.

Man kann sich diesen Streitrahmen wie einen Boxring vorstellen. Die politischen Boxkämpfer waren aufeinander bezogen und in ständigem argumentativem Schlagabtausch, für den es eine Art ungeschriebenes Regelwerk und auch Schiedsrichter gab: Parlamentspräsidenten, Talkmaster, TV-Moderatoren. Dadurch verstanden die Zuschauer rund um den politischen Boxring – respektive die Wähler – die unterschiedlichen Positionen. Im Disput lernten sie immer auch die Argumente der Gegenseite kennen. Sie fanden so zu einer politischen Orientierung und zu einer eigenen Streitkultur im Freundeskreis oder am Arbeitsplatz. Selbst in den erbittertesten privaten Streitmomenten war ein Verständnis, zumindest aber der Respekt für den Andersdenkenden vorhanden – solange der sich eben in diesem bekannten, vorgegebenen Streitrahmen bewegte.

Die große Koalition führte zu einer Angleichung der Positionen. Der Streitrahmen verkleinerte sich in Richtung Mitte, und er verlor durch die siedende, konfrontationsscheue Politik Angela Merkels viel von seiner lehrreichen Dramatik und Dialektik. Auch viele Wähler hörten auf, sich engagiert zu streiten. Sie verließen sich – zustimmend oder resigniert – auf das Diktum der Kanzlerin von der Alternativlosigkeit etwa in Sachen Atom-Ausstieg, Wehrdienst-Ende oder Euro-Rettung.

Aber ohne Streit, ohne das Ringen, den Fight um den richtigen Weg entsteht eine politische Bequemlichkeit, deren Kehrseite zunehmende Orientierungslosigkeit ist. Viele Bürger haben ihren inneren Kompass verloren und erleben die etablierten Parteien als austauschbar. Doch der orientierungslose Bürger fühlt sich oft auch



STEPHAN GRÜNEWALD

ist Geschäftsführer des Kölner „rheingold“-Instituts. Er schreibt in seiner Kolumne aus psychologischer Sicht über gesellschaftlich relevante Themen

ohnmächtig und haltlos. Ihm fehlt ein fester Standpunkt. Den findet er, indem er extreme Positionen jenseits der Mitte aufsucht und übernimmt – etwa die Ansichten eines Björn Höcke oder Verschwörungstheorien, Heilslehren oder Privatreligionen, die im Internet wie Meinungspilze aus dem Boden schießen. Dieses radikale Zurechtstüchern der Welt kennt meist weder Maß noch Mitte. Radikale Deutungsangebote gewinnen ihre Faszination und verbindende Kraft gerade durch die polarisierende Andersartigkeit und exotische Randständigkeit. Sie versprechen einfache Erklärungen und schnelle Rezepte.

Das Meinungsspektrum ist dadurch um ein Vielfaches größer geworden. Rechts und links der erodierten Meinungsmitte sind fundamentalistische Meinungsbiotopie entstanden, die in Echoräumen ihre eigene Weltsicht verstärken. Die extremen Positionen sind nicht mehr auf einander bezogen und nicht mehr in einem konstruktiven Schlagabtausch wie dazumal im politischen Boxring. Die Extreme suchen nicht mehr den Kompromiss, die Annäherung oder den Perspektivwechsel. Sie bleiben in ihrer jeweiligen Ecke und forcieren dort ihre exklusive Sicht auf die Welt. Im linken Milieu gelten heute bereits Begriffe wie „Ausländer“ oder „exotisch“ als politisch inkorrekt. In rechten Milieus wiederum werden die politische Korrektheit insgesamt verächtlich gemacht und von Gewaltfantasien durchtränkte Aussagen geteilt wie: „Wenn das mit den Flüchtlingen so weitergeht, müssen wir wieder den Ofen anmachen“.

Das Berliner Urteil zu Beleidigungen der Grünen-Politikerin Renate Künast hat den Schluss nahegelegt, dass selbst wüste Verunglimpfungen straffrei bleiben können. Umgekehrt wird alles, was gesagt wird, von Freund

Der inhaltliche Disput ist durch die persönliche Beleidigung ersetzt worden

und Feind genauestens registriert und strengstens kritisiert. Für jedes Statement, das den engen Meinungskorridor der eigenen Wagenburg verlässt, muss der Urheber mit einem Shitstorm rechnen. Schnell sieht man sich dann wahlweise als „links-grün versiffter Spinner“ oder „Faschist“ abgestempelt.

Der inhaltliche Disput ist durch die persönliche Beleidigung ersetzt worden. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat recht, wenn er betont, dass wir keine Probleme mit der Meinungsfreiheit hätten, sondern mit der Streitkultur. Streitkultur bedeutet, dass Parteien oder Bürger wieder in der Mitte der Gesellschaft klare und konträre Positionen beziehen. Und dass wir alle bereit sind, anderen zuzuhören und sie mit Anstand und Respekt zu behandeln. Nur so kann wieder ein gesellschaftlicher Streitrahmen entstehen, der maximale Freiheit mit einem zivilisierten Miteinander verbindet.